



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 209.18 / 07.06.2018

Im Zweifel für die Humanität

Zu den Äußerungen von Bundeskanzlerin Merkel zu Abschiebungen nach Afghanistan sagt die flüchtlingspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Aminata Touré**:

Für Schleswig-Holstein gilt weiterhin, dass wir, wie im Jamaika-Koalitionsvertrag vereinbart, zur Bewertung der Sicherheitslage in Afghanistan nicht nur die Analyse der Bundesregierung zu Rate ziehen werden, sondern auch die Einschätzung anderer Akteur*innen. Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, dass die Humanität im Zweifel Vorrang vor der Rückführung hat.

Für uns Grüne ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Abschiebestopp aufgehoben werden soll, während die Sicherheitslage in Afghanistan im Vergleich zum vorherigen Lagebericht der Bundesregierung unverändert ist. Das politische Signal, Menschen ohne Rücksicht auf Verluste abzuschicken, halten wir für fatal.

Dazu ergänzt der Landesvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen, **Steffen Regis**:

Abschiebungen in das vom Terror geplagte Bürgerkriegsland Afghanistan sind als politisches Ziel ungeeignet. Die schleswig-holsteinische Landesregierung mit grüner Beteiligung wird dafür sorgen, dass Vorrang für Humanität gilt. Das bedeutet, die bisherige restriktive Praxis, nur unter besonderen Voraussetzungen im Einzelfall abzuschicken, beizubehalten.

Die Bundesregierung erweckt mit ihrer Kehrtwende den Eindruck, dass sie die nach wie vor hochgradig kritische Sicherheitslage im Land ignoriert und sich dem Druck von rechts beugt. Schließlich liefert der neue Sicherheitsbericht eher Anhaltspunkte für eine größere Zurückhaltung bei Abschiebungen nach Afghanistan.